

Damit Schulden machen nicht Schule macht

Der Lehrerverband will wirtschaftliche Themen in den Unterricht integrieren. Doch laut Saar-Bildungsministerium ist das längst der Fall.

VON CHRISTINE CORNELIUS
UND DAVID SEEL

BERLIN/SAARBRÜCKEN (dpa/dns) Schüler lernen aus Sicht des Deutschen Lehrerverbandes zu wenig über finanzielle Themen und rutschen deswegen leichter in die Schuldenfalle. „Ökonomische Unterrichtsinhalte spielen in der Schullandschaft eine zu geringe Rolle“, sagt Verbandspräsident Heinz-Peter Meidinger. „An vielen Schulen werden sie fachfremd unterrichtet, weil ausgebildete Lehrer dafür fehlen.“ Für das Unterrichten ökonomischer

„Selbstverständlich ist Finanzbildung ein wesentlicher Teil der Allgemeinbildung.“

Sprecherin des saarländischen Bildungsministeriums

Zusammenhänge seien aber Experten nötig. „Das kann kein Politiklehrer nebenbei unterrichten.“

Auch der Schuldnerberater Frank Wiedenhaupt sieht Handlungsbedarf. „Die Welt ist komplizierter geworden“, sagt das Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung. „Es kommen spürbar immer mehr junge Menschen in die Schuldnerberatungsstellen. Ein häufiger Satz ist dann: ‚Hätte ich das doch nur früher gewusst.‘“

„Es kommen viele junge Leute zu uns“, sagt auch Christiane Ensek, Teamleiterin bei der Schuldnerberatungsstelle des Regionalverbands Saarbrücken. „Und gerade sie haben oft schon sehr hohe Schulden.“ Die



Die Zahl der jungen Menschen, die in die Schuldenfalle rutschen, nimmt seit Jahren zu. Über die Gründe wird vielerorts diskutiert.

FOTO: GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

Hilfesuchenden kämen dabei aus sämtlichen Bildungsschichten. „Ich glaube, dass grundlegende Werte im Elternhaus heute oft nicht mehr vermittelt werden“, sagt Ensek. „Dort müsste jungen Menschen eigentlich erklärt werden, dass es nicht darauf ankommt, dass man ein 900-Euro-Handy hat.“ Die heutige Gesellschaft sei durch ihr Konsumverhalten geprägt, Eltern würden das ihren Kindern häufig vorleben. „In unserer Gesellschaft zählt nur der, der sich etwas leisten kann“, sagt En-

sek. Der Schulunterricht könne diese Entwicklung höchstens zum Teil kompensieren.

Vor der Schule sieht auch Lehrerverbandspräsident Meidinger die Eltern in der Pflicht. „Jugendlichen zu vermitteln, wie sie mit Geld umgehen, ist grundsätzlich Elternsache“, sagte er. „Das wird die Schule ihnen nicht abnehmen können. In der Schule kann man zwar Projekte machen dazu, wie man vernünftig mit Geld umgeht, aber das wird nie den Vorbildcharakter der eigenen

Eltern ersetzen.“ Mit dem eigenen Taschengeld zu haushalten – „diese Primärerfahrungen wird Schule nie vermitteln können“.

Aus Sicht von Vera Fricke vom Bundesverband der Verbraucherzentralen sollten Schüler die bestehenden Fallstricke kennen. „Sie müssen Konsumwünsche reflektieren können und wissen, von welchen Institutionen sie unabhängige Informationen bekommen“, sagt Fricke. Kinder und Jugendliche müssten auch lernen, dass sie

als Verbraucher ein Teil des ökonomischen Systems seien. „Finanzielle Bildung ist immens wichtig, gerade da unsere Welt immer stärker aus Konsumgeflechten besteht. Hier spielen die Eltern, aber auch die Schule eine wahnsinnig große Rolle.“

Das saarländische Bildungsministerium verweist darauf, dass ökonomische Bildung längst Bestandteil des Unterrichts sei. „Selbstverständlich ist Finanzbildung ein wesentlicher Teil der Allgemeinbil-

dung und deshalb in den Lehrplänen aller Schulformen angemessen berücksichtigt“, sagt eine Sprecherin. Den Umgang mit Geld lernten Kinder schon ab der ersten Klasse im Mathematikunterricht. Das Konsumverhalten der Schüler, „etwa in Bezug zu Werbung, Markenzwang und nachhaltigem Wirtschaften“, werde ab Klassenstufe drei im Sachunterricht thematisiert. An Gemeinschaftsschulen seien die Themen „Geld, Finanzen und Verbraucherschutz“ beispielsweise ab der fünften Klasse Teil des Fachs Arbeitslehre. An den Gymnasien würden ökonomische Kenntnisse – etwa in den Fächern Sozialkunde und Politik – nochmals vertieft. Auch abseits des regulären Unterrichts gibt es laut Bildungsministerium zahlreiche Projekte für saarländische Schüler. Beispiele seien die „Junior Schülerfirma“ vom Institut der deutschen Wirtschaft oder „Ökonopoly“, ein Wirtschaftsspiel des Vereins Arbeitsleben, Wirtschaft, Schule (Alwis).

Den Vorschlag des Lehrerverbandes, „externe Experten“ in den Unterricht einzuladen, sieht das Bildungsministerium kritisch. Solche Fachleute könnten immer nur ihre jeweilige Perspektive einbringen. „So sehr die Einbindung von Fachleuten in den Unterricht wünschenswert ist, so notwendig ist dabei auch die gründliche Vor- und Nachbereitung solcher Besuche“, erklärt die Ministeriumssprecherin. Zudem hätten alle Lehrkräfte, die entsprechende Fächer unterrichteten, eine Ausbildung gewonnen, die „auch ökonomische Aspekte umfasst“.